



## Antrag

der Abgeordneten **Ramona Storm, Markus Walbrunn, Oskar Atzinger** und  
**Fraktion (AfD)**

### **Neutralitätspflicht in Bayerns Schulen gewährleisten**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass

- das nach dem Beutelsbacher Konsens definierte Mindestmaß an politischer Neutralität an Bayerns Schulen gewährleistet und, wo vonnöten, wiederhergestellt wird,
- Lehrkräfte, die den ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schülern ihre persönliche Meinung in Politik und Wissenschaft aufdrängen, mit Disziplinarmaßnahmen zur Ordnung gerufen werden.

### **Begründung:**

Immer mehr Schulen im Freistaat halten sich nicht an das Mindestmaß an Neutralität, welches im Rahmen des Beutelsbacher Konsenses definiert wird: Gemäß dem Indoktrinationsverbot dürfen Lehrkräfte Schülern nicht ihre Meinung aufzwingen. Der Beutelsbacher Konsens regelt diese Grundprinzipien für politische Bildung in der Schule seit über 50 Jahren und trägt dafür Sorge, dass kontroverse Meinungen in Wissenschaft und Politik auch im Unterricht kontrovers debattiert werden können.

Stattdessen wird aber vonseiten der Lehrkräfte und Schulleitungen zunehmend auf Haltung und Bekenntnis gesetzt, was sich in linken politischen Propaganda-Äußerungen wie „Schule ohne Rassismus“, „Schule der Vielfalt“, „Schule mit Courage“ und ähnlichem äußert.

Zum Thema hat die Kabarettistin Monika Gruber in einem Video das Erlebnis eines Schülers eines Münchner Gymnasiums veröffentlicht. Dessen Lehrerin hatte ihrer Klasse erklärt, die Morde in Aschaffenburg seien die „Schuld der AfD“. In einer anderen Schule wurde von Lehrkräften behauptet, die AfD wolle die Diktatur einführen. Bei diesen Beispielen – stellvertretend für unzählige – geht es nicht nur um die persönliche Meinung einzelner Lehrkräfte, sondern nachweislich um bewusste Lügen und Verleumdungen einer politischen Oppositionspartei – und damit um die gezielte Manipulation von Schülern.

Die Staatsregierung ist hier gefordert, ihrer Pflicht nachzukommen und diesem indoktrinierenden Treiben einen Riegel vorzuschieben.

Bereits zu Spitzenzeiten der „Fridays for Future“-Bewegung wurden Schüler von ihren Lehrkräften massiv genötigt, während der Unterrichtszeit an Demos teilzunehmen. Wer sich verweigerte, wurde stigmatisiert. Während der Coronapandemie drängte man Kindern und Jugendlichen Impfungen auf, weil sie sonst angeblich „schuld am Tod der Großeltern“ wären. In so einem Klima der Angst und der Manipulation wird ein wertungsfreies und unbeschwertes Lernen unmöglich gemacht.